



**Dr. Martina Bunge**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### Gedächtnisstütze in Sachen Rentenüberleitung

Berlin, 17.05.2010

Bezug:  
Anlagen:

**Dr. Martina Bunge, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 4.814  
Telefon: +49 30 227-70067  
Fax: +49 30 227-76076  
martina.bunge@bundestag.de

**Wahlkreisbüro:**

Lübsche Str. 97  
23966 Wismar  
Telefon: +49 03841-3265993  
Fax: +49 03841-3265994  
martina.bunge@wk.bundestag.de  
www.martina-bunge.de

Gesundheitspolitische Sprecherin der  
Fraktion DIE LINKE

Leiterin des Arbeitskreises V  
„Gesundheit, Pflege und  
Behindertenpolitik“ der Fraktion DIE  
LINKE

„Gut, dass wir nun als LINKE auch den SPD-Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern an der Seite haben. Er möchte jetzt, was wir schon lange fordern: *dass Menschen mit gleichem Beruf, den sie gleich lang ausgeübt haben, auch eine gleich hohe Rente bekommen* – egal, ob in Ost oder West, wie er heute in der Ostsee-Zeitung zitiert wird.“ Das stellt MdB Dr. Martina Bunge als Verantwortliche der Fraktion DIE LINKE für die Probleme der Rentenüberleitung Ost fest. Sie informiert darüber, dass voraussichtlich am 20. Mai ab etwa 13 Uhr im Bundestag eine Debatte zum Antrag der Fraktion unter dem Titel „Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht“ stattfindet.

„Dieser Antrag zielt genau darauf, die Lebensleistungen Ost endlich anzuerkennen. Auch 20 Jahre nach Herstellung der Einheit gibt es noch zahlreiche Ungerechtigkeiten, die aus der Rentenüberleitung der DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht resultieren. Davon sind von den geschiedenen Frauen über Krankenschwestern und Balletttänzer bis hin zu Lehrerinnen und Polizisten zahlreiche Gruppen betroffen. Viele befinden sich in einer schwierigen sozialen Lage und sind zum Teil auf Sozialleistungen angewiesen. Für sie wäre zwar die Angleichung des Rentenwertes Ost an West schon eine Hilfe, aber auch gestrichene Ansprüche müssen endlich anerkannt werden.

Abgeordnete aus anderen Fraktionen, nicht zuletzt die Kanzlerin, hatten im Vorjahr Hoffnungen genährt, dass wenigstens ein Teil der Probleme gelöst werden könnte. Daran wollen wir jetzt erinnern und fordern die Bundesregierung erneut auf, entsprechende Regelungen vorzulegen. Die Betroffenen werden genau schauen, welche Positionen die einzelnen Fraktionen in der Debatte vertreten.“

**Am 20. Mai, ab etwa 13 Uhr,**



**Debatte im Bundestag zum Antrag der LINKEN  
„Korrektur der Überleitung von DDR-  
Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht“**